

Der deutsche Geheimdienst will die Solidarität mit Palästina einschränken

Alessandro Avvisato, contropiano.org, 18.05.26

Deutschland steht an der Spitze der Repressionen gegen die Solidaritätsbewegung mit Palästina. Dies belegt das jüngste Dossier des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), des deutschen Inlandsgeheimdienstes. Das Dokument trägt den Titel „Säkularer pro-palästinensischer Extremismus“ und stellt die Unterstützung des Kampfes der Palästinenser mit politischer Subversion gleich. 1

Ohne jeglichen politischen und wirtschaftlichen Druck, bei gleichzeitiger materieller Unterstützung der zionistischen Kriegsmaschinerie – bringen die Worte des deutschen Außenministers nur die Instrumentalisierung einer Rhetorik zum Ausdruck, die sich als diplomatisch präsentiert, aber dazu dient, das Vorgehen des Staates Israel ungestraft zu lassen.

Nach Ansicht des deutschen Geheimdienstes sind Symbole wie die Karte des historischen Palästinas oder der Slogan „Vom Fluss bis zum Meer“ Beweise für Feindseligkeit gegenüber dem Staat Israel. Doch das Dossier geht noch weiter und nimmt sogar das Bild einer Wassermelonenscheibe (deren Farben an die palästinensische Flagge erinnern) und den ikonischen Handala, das von Naji Al-Ali gezeichnete Flüchtlingskind, in die Liste der „extremistischen“ Symbole auf.

Diese Symbole würden von einem Netzwerk verwendet, das nach Ansicht des BfV radikale linke, rechte und sogar islamistische Gruppen vereine, denen die Ablehnung des „Existenzrechts Israels“ gemeinsam sei. Sie alle werden in einen Topf geworfen, in dem alle politischen Unterschiede ignoriert und die in historischen Gründen und im Völkerrecht verankerten Ansprüche ausgeblendet werden: Diese Gesamtheit wird insgesamt und ausschließlich als Bedrohung der nationalen Sicherheit definiert.

Diese weitreichende Linie ist international nicht unbemerkt geblieben und nicht neu. Bereits im Oktober 2025 forderte ein Bericht der Vereinten Nationen Berlin auf, die Kriminalisierung von friedlichem Aktivismus und Solidarität mit Palästina einzustellen. Die UN-Experten zeigten sich alarmiert über die wiederholte Gewalt der Polizei gegen Aktivisten und über die

zunehmenden Einschränkungen von Protesten, die unter anderem ein Ende der Waffenexporte in den Staat Israel sowie die Anerkennung des Staates Palästina fordern.

Als Grund für diese Kompromisslosigkeit wird oft das politische Tabu in Deutschland im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit angeführt. Die Erinnerung an den Holocaust habe die Unterstützung des Staates Israels zu einer Staatsräson gemacht. Konkret bedeutet dies, dass Berlin nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Waffenlieferant in den Staat Israels bleibt und dass die Lieferungen trotz kurzer Unterbrechungen im Oktober 2025 bereits im November wieder in vollem Umfang aufgenommen wurden.

Vor wenigen Wochen, am 21. April, hat Deutschland (zusammen mit Italien) den Antrag Spaniens, Irlands und Sloweniens zur Aussetzung des EU-Israel-Handelsabkommens (EU-Assoziationsabkommen) blockiert. Außenminister Johann Wadephul tat die Initiative als „unangemessen“ ab und bekräftigte die Notwendigkeit des Dialogs mit Tel Aviv.

Und doch – ohne jeglichen politischen und wirtschaftlichen Druck und bei gleichzeitiger materieller Unterstützung der zionistischen Kriegsmaschinerie – bringen seine Worte nur die Instrumentalisierung einer Rhetorik zum Ausdruck, die sich als diplomatisch präsentiert, aber dazu dient, das Vorgehen des Staates Israel ungestraft zu lassen. Und derselbe Mechanismus gilt in Wirklichkeit auch für das eben erwähnte Tabu, das angeblich aus der Erinnerung an den Holocaust stamme.

Die von Friedrich Merz (CDU) geführte Regierung hat ausdrücklich erklärt, dass Israel für den Rest des Westens „die Drecksarbeit“ erledigt. Das bedeutet, dass ein konkretes Interesse daran besteht, den Völkermord und die Neudefinition der Gleichgewichte und Grenzen in Westasien voranzutreiben. Es gibt keine Aktualisierung der Verurteilung des Nationalsozialismus, sondern vielmehr eine deutliche imperialistische Projektion.

Wie es nur natürlich ist, geht diese Entwicklung mit einem repressiven Kurs und einer Verschlechterung der Bedingungen für eine freie politische Debatte einher. Eine Studie von Libernet, die in Berlin vom Forscher Andrew Lowenthal vorgestellt wurde, zeigt, dass Deutschland zum europäischen Zentrum eines umfangreichen Apparats zur Zensur und Kontrolle von Online-Inhalten geworden ist.

Trotz guter formaler Bewertungen in Rankings zur digitalen Freiheit soll Berlin aktiv Einfluss auf die europäische Politik nehmen, um die Verbreitung von Inhalten einzuschränken, die als nicht konform gelten. Eine Untersuchung, die auch vom „Twitter Files“-Journalisten Matt Taibbi aufgegriffen wurde und eine Demokratie beschreibt, die unter dem Vorwand, sich selbst zu schützen, ihre Grundpfeiler opfert: die Meinungsfreiheit und das Recht auf Dissens.

1 Säkularer propalästinensischer Extremismus, Bundesamt für Verfassungsschutz

(bemerkenswert ist in diesem Dossier auch die wild verzerrte Wiedergabe von politischen Positionen, die den Vorwurf von Antisemitismus rechtfertigen soll - Pako)

<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/auslandsbezogener-extremismus/saekularer-propalaestinensischer-extremismus.html#doc2263334bodyText4>

Quelle: <https://contropiano.org/news/internazionale-news/2026/05/18/lintelligence-tesca-propone-una-stretta-sulla-solidarieta-con-la-palestina-0195135>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de